Ressort: Finanzen

Bundesregierung will höhere Wohnhäuser erlauben

Berlin, 30.11.2016, 01:00 Uhr

GDN - Nach Plänen der Bundesregierung dürfen Wohnhäuser künftig höher und in engeren Abständen gebaut werden als bisher. Das geht aus einem Gesetzentwurf zur Änderung des Baugesetzbuchs hervor, aus dem die Zeitungen der Funke-Mediengruppe zitieren.

In sogenannten "urbanen Gebieten", die von den Kommunen selbst bestimmt werden, darf zudem der Lärmpegel um drei Dezibel höher liegen als bisher. Tagsüber sind dies dann maximal 63 Dezibel, nachts maximal 48 Dezibel. Der Gesetzesentwurf soll am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Ziel der Bundesregierung ist es, in den Städten mehr Wohnraum zu schaffen. "In absehbarer Zeit werden jährlich 350.000 zusätzliche Wohnungen benötigt", sagte Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) den Funke-Zeitungen. "Viele Städte sind jetzt schon am Limit." Diese bräuchten Wachstumsperspektiven und vor allem mehr bezahlbaren Wohnraum. Zudem soll eine Änderung der Lärmschutzverordnung für Sportplätze beschlossen werden. Der Lärmpegel wird abends und in der nachmittäglichen Ruhezeit an Sonn- und Feiertagen um fünf Dezibel angehoben. Außerdem stellt der Gesetzentwurf klar, dass künftig in reinen Wohngebieten auch Ferienwohnungen gebaut werden dürfen.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-81621/bundesregierung-will-hoehere-wohnhaeuser-erlauben.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619